
Protokoll Podiumsgespräch [Tagung „Natürlich bunt & nachhaltig“ \(22.11.2017\)](#) Zukunftsperspektiven

Welche Rahmenbedingungen benötigt Bildung für nachhaltige Entwicklung, um zu einer gelingenden Integration geflüchteter Menschen beizutragen?

Offene Diskussionsrunde unter Einbeziehung der Teilnehmer*innen mit:

- **Dr. Markus Gruber**, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, München
- **Gülcan Nitsch**, Yeşil Çember gGmbH, Berlin
- **Hermann Kirchmann**, Caritasverband für die Diözese Würzburg
- **Annette Dieckmann**, ANU Bundesverband, Frankfurt am Main

Moderation: **Tina Teucher**, ANU Bayern e.V.

Tina Teucher stellt die Podiumsgäste vor und fragt nach Faktoren, die zum Gelingen der Integration durch Bildung für nachhaltige Entwicklung beitragen.

Gülcan Nitsch berichtet, dass sie Interesse an Umweltthemen in der türkischen Gemeinde beobachten könne, Nachhaltigkeit aber eher als Luxusthema gelte. Wichtig für einen gesellschaftlichen Wandel sei es, die anderen Kulturen zu verstehen und die Schablonen in den Köpfen beiseitezulegen. Menschen nicht-deutscher Herkunft könne man nur erreichen, wenn man ein Gespür entwickle, was „kultursensibel“ ist. Entscheidend sei das Verantwortungsgefühl und dass jeder seine Rolle finde. So könne Gülcan Nitsch seit Jahren viele Menschen begeistern und mobilisieren, weil sie ihnen zeige: „Du kannst Verantwortung für eine bessere Welt übernehmen“. Sie selbst habe diese Unterstützung bei der BUND-Jugend erfahren, wo ihr Strukturen für türkischsprachige Konferenzen zur Verfügung gestellt wurden. Integration und Umwelt zusammenzubringen sei heute die Vision von tausenden Menschen – diese Macht lasse sich nutzen, um die Welt zu verändern.

Markus Gruber weist der Sprache eine zentrale Rolle zu. Sie helfe bei der Orientierung in der neuen Gesellschaft und daher müsse sprachliche Bildung bei Geflüchteten sehr früh in den Schulen, Kindergärten, beruflichen Schulen usw. ansetzen. Sie helfe auch, junge Menschen auf eine duale Ausbildung vorzubereiten. Eine Möglichkeit, die Sprache im Vorfeld zu lernen, seien „Berufsintegrationsklassen“. Neben diesen staatlich verankerten Angeboten brauche es aber auch Leistungen der Wirtschaft und Unternehmen, um das Thema Ausbildung und Arbeitsplätze voranzubringen. Die vor zwei Jahren gegründete bayerische Initiative „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ habe das Ziel, 60.000 Menschen bis Ende 2019 in

gefördert durch



Deutsche
Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de

den Arbeitsmarkt zu integrieren. Seither wurden bereits 48.000 Flüchtlinge in reguläre Beschäftigung gebracht und mehr als 7.000 haben eine Berufsausbildung begonnen. Es geht darum, mit der Wirtschaft Hand in Hand zu arbeiten: Die einzelnen Handwerksverbände müssen auf ihre Mitgliedsunternehmen zugehen. Die Firmen müssen die Bereitschaft haben jemanden aufzunehmen. Die Kammern tragen zur Finanzierung bei. Gemeinsam müsse betrachtet und gesteuert werden, ob der jeweilige Arbeitsplatz zu dem Menschen passt und er zumindest am Anfang betreut werden kann. Mittelfristig müssen Einzelerfahrungen auf ihre Eignung für eine flächenweite Anwendung geprüft werden.

Annette Dieckmann unterstreicht, dass sich bei Umweltbildner*innen Begeisterungsfähigkeit mit großer Fachexpertise paare, dies aber noch nicht reiche, um gute Angebote für Geflüchtete zu gestalten. Nützlich sei dafür die Fähigkeit der Umweltbildner*innen, zu transportierende Inhalte auf einfache Aspekte und Zusammenhänge zu reduzieren. Unsicherheiten bestünden oft bezüglich der eigenen Ausbildung, z.B. beim Umgang mit Traumata: Sollte man das zuerst von Universitäten erforschen lassen? Wünschenswert sei daher ein Erfahrungsaustausch zu den bisher als Stolpersteinen wahrgenommenen Aspekten, z.B. mit Sozialverbänden. Zudem werden die ANU und ihre Mitglieder versuchen, die Arbeit mit Geflüchteten fortzusetzen und dafür Mittel von EU oder Kommunen zu generieren. Wichtiger Gelingensfaktor sei zudem, nun in eine Phase stärkerer Lobbyarbeit einzutreten und das Thema institutionell besser aufzustellen.

Hermann Kirchmann hat in den letzten Jahren große Veränderungen wahrgenommen. Geflüchtete werden heute – im positiven Sinne – als Ressource wahrgenommen. Im Gebiet der Diözese Würzburg suchen ca. 11.000 Menschen Asyl, oft in einem Zustand der Angst und Unkenntnis. Die Arbeit der Sozialverbände werde jedoch eingeschränkt, wenn ein Asylsozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin für die Betreuung von 300 Menschen verantwortlich sei. „Wir können uns nur auf existenzielle Probleme konzentrieren, die Begegnung mit den Menschen können wir nur am Rande berühren. Dadurch vernachlässigen wir die Ressourcen und Kompetenzen der Menschen, die zu uns kommen“, sagt Hermann Kirchmann. Der Begriff der Integrationsleistungen müsse daher erweitert werden, es dürfe nicht nur um Sprache und berufliche Integration gehen. Es müsse ein erweiterter Begriff gefunden werden für das Ankommen von Menschen und die Teilhabe von Menschen in unserer Gesellschaft. Hermann Kirchmann zeigt sich positiv überrascht von den einzelnen Projekten, die Akteure der Umweltbildung zustande gebracht haben. Nachhaltigkeit werde noch als Luxusproblem wahrgenommen, obwohl es durchaus praxisrelevant sei. So finde sich z.B. in Gemeinschaftsunterkünften neues Klientel bzgl. Mülltrennung. Für einen verstärkten Austausch bzw. eine Zusammenarbeit zwischen Sozialverbänden und Umweltbildung brauche es mindestens zwei Personalstellen, die das Engagement der verschiedenen Stellen bündeln könnten.

Ein **Tagungsteilnehmer aus Berlin** unterstreicht, dass Vernetzung und Kooperationssuche wichtige Elemente sein können, um gute Partner zusammenzuführen. Solche Tagungen und

gefördert durch



Deutsche
Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de

Treffen wie die ANU-Bundestagung seien „fantastische Aufschlüsse um einen Spiegel vorzuhalten: wo stehen wir eigentlich, welche Erfahrungen und welche Bedarfe gibt es?“ Er wünsche sich daher eine Verstärkung dieses Formats und einen Anschluss der großen Verbände.

Eine **Tagungsteilnehmerin** berichtet aus ihrer Erfahrung, dass Müllvermeidung und -trennung wichtige Themen in Unterkünften seien, die aber alle Menschen – auch außerhalb der Unterkünfte – betreffen.

Hermann Kirchmann nennt als Anlaufstellen für Kooperationen z.B. die jeweiligen Landesverbände der Wohlfahrtsverbände sowie Ministerien. Es stelle sich die Frage, welches Qualifikationsprofil die Integrationslotsen haben. Aus dem Caritasverband heraus könne er berichten, dass es einen großen Nachholbedarf an Wissensbeständen über Umwelt gäbe. Ergebnisse aus Umfragen in Unterkünften dazu seien ernüchternd gewesen, daher wolle man von den Umweltbildner*innen lernen.

Markus Gruber betont die zentrale Bedeutung von Themen wie Ressourcenschonung für Geflüchtete z.B. bei der Suche nach einer Wohnung. Die Grundkompetenzen, wie bestimmte Abläufe in Deutschland funktionieren, müssten vermittelt werden. So finanziere der Freistaat Bayern bereits über Jahre hinweg Asylsozialberatung.

Gülcan Nitsch sieht Politik als ein großes Werk, das in viele kleine Pakete geschnürt werden müsse. Die Politik solle als Vorbild wirken. So müsste es längst selbstverständlich sein, dass in allen Ministerien Recyclingpapier und Öko-Strom genutzt würden. Von dieser Vorbildwirkung sei die Politik jedoch weit entfernt. Sie solle mehr Visionen verbreiten und über den Tellerrand hinausschauen. Gülcan Nitsch berichtet von einer Wohnungsgesellschaft, die die höchsten Betriebskosten in Berlin hatte und um eine Schulung für die Bewohner bat. Dafür holte Gülcan Nitsch Akteure aus dem Kiez zusammen: Vereine, Geschäfte, Wohnungsgesellschaft, Bürgerinitiativen. Zu den Projekten gehörte z.B. ein Müllfreies Sommerfest, das die Themen durch die Kooperationspartner vermittelte.

Marion Loewenfeld (ANU Bayern e.V.) hat die Frage nach der Bleibeperspektive als Gelingensfaktor identifiziert. So hätten z.B. in letzter Zeit öfters Afghanen, die in der Integration bereits fortgeschritten waren und z.B. Deutschkurse belegten, einen Ausweisungsbescheid erhalten. Die Unsicherheit, wie es für einen Menschen persönlich weitergehe, beeinflusse seine mentale Situation und damit auch seine Motivation für Integrationsmaßnahmen. Es stelle sich die Frage, wie man hier zu besseren Rahmenbedingungen komme. **Markus Gruber** ordnet diese Frage der Grundstruktur zu, die eine Frage des Bundesrechts sei, das dafür geändert werden müsse. **Marion Loewenfeld** unterstreicht die Rolle der Umweltbildner*innen, genau hier Lobbyarbeit zu betreiben, um die Gesetze zugunsten der Integrationsmöglichkeiten zu ändern oder zu ergänzen.

Lukas Laux bedauert, dass viele Projekte zum Thema Umweltbildung mit Geflüchteten nun auslaufen. Er regt an, dass der ANU Bundesverband eine große Förderung beantragt, die dann verteilt werden kann, z.B. über die Bundesstiftung Umwelt oder über die EU. Dies könne kleineren Projekten viel Beantragungsarbeit ersparen. **Annette Dieckmann** nimmt diesen Vorschlag in die Arbeit des ANU Bundesverbands mit. Es spreche einiges dafür, dies in einer anderen Organisationsform, z.B. über eine Tochtergesellschaft durchzuführen.

Markus Gruber hat den Eindruck, dass das Thema Integration in den Hintergrund zu treten droht, weil Zeitungen immer weniger davon berichten. Es seien aber in den letzten Jahren so viele Menschen gekommen, die bleiben, dass die Daueraufgabe weitergehe. „Es ist nicht damit getan, drei Jahre lang viel zu tun und dann nichts mehr zu tun“.

Gülcan Nitsch sieht Potenzial in der Idee, dass nicht deutsche Verbände die Anträge schreiben und die Gelder bekommen, sondern dass Geflüchtete selbst anfangen sich zivilgesellschaftlich zu organisieren und diese Organisationen dann die Möglichkeit bekommen Projekte zu starten. Aufgabe der Einheimischen sei es dann, dafür Wege aufzuzeigen, und die Organisationen der Geflüchteten zu begleiten und zu stärken.

Protokoll: Benno Gruber und Tina Teucher